Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5078

26. 06. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/4000 –

Bericht der Bundesregierung
Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft

b) zu dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Dr. Manuel Kiper und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/4089 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/4000 –

Bericht der Bundesregierung
Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft

A. Problem

Verwirklichung wirksamer Maßnahmen auf dem Gebiet der Informationsdienstleistungen zur Wahrung der Informationsfreiheit und zur Sicherung des informationellen Selbstbestimmungsrechts.

B. Lösung

a) Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/4000 –.

Einvernehmlichkeit im Ausschuß

b) Ablehnung des Entschließungsantrages – Drucksache 13/4089 – der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/4000 – zur Kenntnis zu nehmen,

b) den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4089 – abzulehnen,

Bonn, den 19. Juni 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Siegmar Mosdorf**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Siegmar Mosdorf

I.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/4000 – und der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4089 – wurde in der 95. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Post und Telekommunikation und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Die mitberatenden Ausschüsse haben Kenntnisnahme der Unterrichtung empfohlen. Der Ausschuß für Post und Telekommunikation hat zusätzlich empfohlen, die Vorlage als Material an die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" weiterzuleiten.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 8. Mai 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, Ablehnung des Entschließungsantrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 22. Mai 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 einstimmig beschlossen, auf eine Mitberatung zu dem Entschließungsantrag zu verzichten.

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation hat in seiner Sitzung am 24. April 1996 auf ein inhaltliches Votum verzichtet und einvernehmlich bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS empfohlen, den Entschließungsantrag als Material an die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" weiterzuleiten.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner Sitzung am 19. Juni 1996 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, den Entschließungsantrag abzulehnen.

III.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung stellt die Gestaltung des Wandels zur Informationsgesellschaft als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben heraus und enthält neben einer Bestandsaufnahme die Ziele und einen Aktionsplan der Bundesregierung für Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft.

Der Entschließungsantrag zielt darauf ab, eine kostengünstigere Versorgung der Allgemeinheit mit einem entwicklungsoffenen Universaldienst für die Wahrung der Informationsfreiheit zu erreichen. Weiterhin soll die Bildung von Monopolen auf dem Gebiet der Informationsdienstleistungen verhindert werden. Ferner sollen Forschung und Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie auf die Bedürfnisse der Informationsgesellschaft abgestimmt und auch der Arbeitsschutz in der Informationsgesellschaft massiv verbessert werden.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Unterrichtung und den Entschließungsantrag in seiner 36. Sitzung am 19. Juni 1996 beraten.

Er beschloß einvernehmlich, die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/4000 – zur Kenntnis zu nehmen.

Er beschloß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/4089 – abzulehnen.

Bonn den 19. Juni 1996

Siegmar Mosdorf

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333